

## Die wirtschaftliche Rüstung Deutschlands.

N. Berlin, 17. Aug. (Priv.-Tel.) In der Beratung der Budgetkommission des Reichstags erklärte der konservative Redner weiter: Ehe die Kartoffelernte nicht übersehen werden könne, sei es nicht möglich, im einzelnen Bestimmungen zu treffen, es müsse aber dafür gesorgt werden, die Vorräte rechtzeitig zu melden. Die Kartoffelversorgung habe die Städte Geld gekostet. Das Reich werde sich bei der Regelung und Kostentragung nicht ausschließen können. Auch auf dem Gebiete der Futtermittelversorgung werde das Reich eventuell ein Verlustgeschäft übernehmen müssen. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch sei außerordentlich schwierig und unter Umständen eine zweischneidige Maßnahme. Am ehesten sei noch durch Organisation des Handels ein Erfolg zu verzeichnen. Den Gemeinden sei die Verpflichtung aufzuerlegen, die Versorgung der Kinder mit Milch sicher zu stellen, eventuell müsse das Reich den dabei entstehenden Verlust tragen helfen. Schließlich müsse auch der Zuckermangel geregelt werden.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers bemerkte, daß eine Bestrafung der einzelnen Bucherfälle nicht leicht sein werde, zunächst müsse auf die abschreckende Wirkung der gegen den Bucher erlassenen Bestimmungen gerechnet werden. Der Präsident der Reichsfuttermittelstelle sprach über die Regelung der Statistik. Die Anbaufläche habe im Jahre 1915 gegen 1914 eine wesentliche Zunahme erfahren, sowohl in den Getreidearten, als auch bei den Kartoffeln, besonders aber beim Hopfen und bei den Delfrüchten. Die Ertragschätzung, die ja immer lückenhaft und nie ganz zuverlässig sei, zeige bei sorgfältiger Prüfung ein nicht ungünstiges Bild. Bei Roggen sei eine knappe Mitelernte, bei Weizen eine gute, bei Hafer eine etwas weniger gute und bei Kartoffeln mit Ausnahme der Frühkartoffeln eine sehr gute Ernte zu erwarten. Die Bestände an Brotgetreide, mit denen man in das neue Erntejahr hineingehe, betragen über 70 000 Tonnen. Die Hafervorräte seien annähernd erschöpft gewesen, was natürlich unangenehme Rückwirkungen für die Pferdebesitzer in den Städten gehabt habe. Vom 1. September an aber werde auch hier Wandel geschaffen werden können, wenn auch eine Erhöhung der bisherigen Haferration von drei Pfund täglich pro Pferd nicht zu rechnen sein dürfte. Die Gerstenbestände seien zwar auch nicht sehr bedeutend gewesen, immerhin haben aber den Brauereien noch zur Aufrechterhaltung der Betriebe genügende Mengen überwiesen werden können. Änderungen in der Verordnung über die Gersteverarbeitung erschienen einstweilen nicht notwendig. Es sei auch einstweilen nicht beabsichtigt, Höchstpreise für Gerste festzusetzen, weil man hoffen dürfe, daß sich diese in mäßigen Grenzen bewegen würden. Sollten Phantasipreise gefordert werden, so werde man eingreifen. Auch die Bestände an Futtermitteln seien bei Ende des Wirtschaftsjahres nicht bedeutend gewesen. Durch die Gewinnung von Strohmehl, Futterzucker usw. hoffe man, Futtermittel in nächster Zeit genügend haben zu können. Die Aussichten seien nicht ungünstig, insofern ein wesentlicher Teil der zu erwartenden Ernte zu Futterzwecken zur Verfügung stehe. Ein abschließendes Urteil sei freilich noch nicht möglich, da der wirkliche Ausfall der Ernte abgewartet werden müsse. Kartoffeln würden eine sehr reichliche Ernte ergeben, sodaß für Futterzwecke 23 Mill. Tonnen vorhanden sein würden. Man werde zunächst viele Kartoffeln zu konservieren suchen durch Trocknung, Verarbeitung zu Flocken usw. Auch die Fleischversorgung sei gesichert. Die Viehbestände seien genügend, die Schweinebestände seien zwar zurückgegangen, aber in letzter Zeit wieder gestiegen, sodaß auch die Schlachtpreise sich in letzter Zeit etwas vermindert hätten. Eine Fleischnot sei nicht zu erwarten, wenn auch freilich die Fleischpreise hoch bleiben werden. Zusammenfassend könne man sagen, die Lage der deutschen Volkswirtschaft sei, was die Lebensmittelversorgung anlangt, durchaus günstig.

Unterstaatssekretär Michaelis, Präsident der Reichsgetreidestelle, führt aus: Die Schätzung der Ernteträge werde wahrscheinlich hinter den tatsächlichen Erträgen zurückbleiben, da die Schätzung außerordentlich vorsichtig vorgenommen worden sei. Die Einwendungen des konservativen Redners über die hohe Spannung zwischen Mehl- und Getreidepreisen sei nicht gerechtfertigt. Der Redner gab eine detaillierte Darstellung der Nebenkosten, die zu dem reinen Mahlohn hinzuzuschlagen seien, und wodurch die bestehende Spannung sofort erklärlich sei. Er wolle aber die Anregung des konservativen Redners durch eine Subkommission nachprüfen lassen, und wenn es möglich sei, eine Verringerung der Spannung herbeiführen. Es sei nicht möglich, sämtliche Mühlen von der Reichsgetreidestelle zu beschäftigen. Dies sei aber auch nicht notwendig, weil die kleineren Mühlen zur Verfügung der Kreis-Kommunalverbände bleiben müßten. Je größer die Zahl der von der Reichsgetreidestelle beschäftigten Mühlen werde, desto größer werde auch die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis werden. Wenn nur die allergrößten Mühlen beschäftigt würden, so würde sich der reine Mahlohn auf nur M. 10.— stellen, während, wenn nur 15 Prozent aller Mühlen beschäftigt würden, der Mahlohn schon auf M. 34 pro Tonne steigen würde. Es sei beabsichtigt, etwa 400 Mühlen für die Reichsgetreidestelle arbeiten zu lassen.

In der Nachmittags Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurde die Debatte über die Maßnahmen betr. die Ernährung fortgesetzt. Ein Sozialdemokrat wies darauf hin, daß Futtermittelhändler Entschädigung für entgangenen Gewinn verlangten, wobei sie sich auf die Kriegsgewinne anderer Berufe stützten. Der Meinung des Staatssekretärs Dr. Delbrück, daß die Arbeiterfrauen es nicht verstanden hätten, sich den notwendigen Ernährungsformen anzupassen, schloß sich der Redner nicht an, er führt vielmehr die geringe Aufnahme der zum Verkauf gestellten Dauerwaren auf die mangelhafte Beschaffenheit zurück. Mit den hohen Butterpreisen begründe man jetzt schon hohe Honigpreise. So treibe ein Preis den andern. Die Reichsregierung möge doch den Städten in größerem Umfang ermöglichen, helfend und regulierend einzugreifen.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers führte dazu aus: Die Reichsregierung ist sich bewußt, ihr Möglichstes getan zu haben, um die Lebensmittelversorgung gleichmäßig und zu erträglichen Preisen zu sichern. Die Festsetzung von niedrigen Höchstpreisen verbürge an sich noch nicht die ausreichende und gleichmäßige Versorgung. Das Ziel sei nur zu erreichen, wenn die Regierung vom allgemeinen Vertrauen getragen werde. Es sei daher erwünscht, daß die Presse, von dem Gedanken geleitet, daß die Regierung die Interessen aller Berufsgruppen gerecht gegeneinander abwäge, eine Kritik übe, die nicht lediglich von dem einseitigen Interesse des Produzenten oder Konsumenten eingegeben sei. Mit der Tendenz, die Kommunen mit den notwendigen Rechten zur Regelung der Preise und der Versorgung auszustatten, sei die Regierung einverstanden.

Der Dezernent für Ernährungsfragen im Reichsamt des Innern ergänzte diese Ausführungen. Die Preise für Kartoffelmehl und Flocken seien hoch, sie könnten aber erst ermäßigt werden, wenn die Fabrikate aus billigerem Material hergestellt würden. Von einer Zuckerknappheit könne nicht die Rede sein. Vielleicht hätten aber Maßnahmen der Regierung über die Staffellung für die einzelnen Monate zur Zurückhaltung der Waren beigetragen. Die Regierung habe jedoch sofort Maßnahmen getroffen, um Preistreibern zu verhindern, und die Preise seien schon zurückgegangen und würden noch weiter zurückgehen. Die vorhandenen Vorräte dürften nicht zu den etwas höher angesetzten Preisen der neuen Ernte verkauft werden. Wegen die hohen Honigpreise werde eingeschritten werden, sobald sich herausstelle, daß sie über das richtige Maß hinausgingen.

Ein Sozialdemokrat erkannte an, daß die Maßnahmen der Regierung günstig gewirkt hätten, wünschte aber noch weitere Berücksichtigung der Familien mit kleinem Einkommen. So hätte die Kriegsgetreidestelle gegen die hohen Mehlpreise preismildernd eingreifen können;